

Der Courier
in die führende Zeitung für die
deutsche Bevölkerung in
Kanada.
Erscheint jeden Mittwoch.
Verlagspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
Pianos und Drucker:
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadier

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries .. \$3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang

16 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 9. April 1924

16 Seiten

Nummer 22

Gemeinsame Politik für Westcanada

Premier Dunning von Saskatchewan konferiert mit den Premiers von Manitoba, British Columbia und Alberta

Zweigliedern, Hudson Bay-Bahn, Vancouver.

Premier Dunning hatte, wie wir erfahren, in der vorletzten Woche eine Konferenz mit Premier Braden von Manitoba. In der letzten Woche reiste er nach British Columbia, wo er, und zwar in Victoria, mit Premier Oliver die westlichen Probleme besprach. Von dort aus begab er sich nach Edmonton, um Premier Greenfield zu hören. Bei letzterer Gelegenheit nahm er auch, für mich begreiflich, an einer Sitzung der Alberta-Legislatur teil. Als besonders hervorzuheben ist, dass er in ein Plaz zur Reden des Sprechers eingeräumt. Von J. E. Brown, Lee verließ im Namen der Alberta-Regierung der Freude darüber Ausdruck, dass Premier Dunning nach Edmonton gekommen und im Hause anwesend ist. Die Alberta-Legislatur habe mit großer Aufmerksamkeit die Verhandlungen des Saskatchewan-Daues verfolgt und er hoffe, dass es auch Premier Dunning interessieren werde, die Alberta-Legislatur an der Arbeit zu beobachten.

Wie wir weiter erfahren, hat Premier Dunning in Victoria und Edmonton im Verein mit den Premiers von British Columbia und Alberta die Grundlage für eine gemeinsame Politik des Westens in gewissen canadischen Fragen zu finden gesucht. Die Zweigliedern, der Peace River-Ausgang, die Hudson Bay-Bahn, die Getreiderouten und die Entwicklung von Banowens zu einem Getreidehafen waren Gegenstände der Konferenzen.

Kann man diese Tätigkeit des Premier Dunning, die dazu bestimmt ist, den Western in gewissen Fragen zu einmütigen geschlossenen Vorgehen zusammenzuführen, nur freudig begrüßen. Sätten in dieser Hinsicht die

vier Provinzen des canadischen Westens, Manitoba, Saskatchewan, Alberta und British Columbia, stets alles Trennende zurückgestellt und nur den einen Gedanken im Auge behalten, durch gemeinsame Förderung der westlichen Interessen die Wohlfahrt unseres gesamten canadischen Landes zu fördern, so könnten wir heute schon in wirtschaftlicher Beziehung große Fortschritte gemacht haben. Wir verurteilen es als ein Verbrechen, dass die westlichen Provinzen, die sich in ihrer Entwicklung befinden, nicht mit anderen Provinzen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele verbunden werden. Es liegt dem Western fern, für sich das Recht der Diktatur zu beanspruchen, wie das Premier Ferguson für Ontario tat. Der Western will nur sein Recht auf Leben und Entwicklung wahren, will die unabweisbaren Möglichkeiten, die hier noch vorhanden sind, ausnützen, um so den ganzen Canada in allen seinen Teilen zu nützen und zu dienen. Das sollte auch allmählich der Osten begreifen. Nur wenn Ost und West ohne lächerliche Vorurteile, ohne ängstlichen Konkurrenzgeist, ohne feindselige Selbstsucht Hand in Hand arbeiten, gedeiht das große Ganze. Wir sind überzeugt, dass das und nichts anderes das hohe Ziel der interprovincialen Verhandlungen zwischen Premier Dunning, Premier Braden, Premier Oliver und Premier Greenfield war.

Wie wir weiter erfahren, hat Premier Dunning in Victoria und Edmonton im Verein mit den Premiers von British Columbia und Alberta die Grundlage für eine gemeinsame Politik des Westens in gewissen canadischen Fragen zu finden gesucht. Die Zweigliedern, der Peace River-Ausgang, die Hudson Bay-Bahn, die Getreiderouten und die Entwicklung von Banowens zu einem Getreidehafen waren Gegenstände der Konferenzen.

Kann man diese Tätigkeit des Premier Dunning, die dazu bestimmt ist, den Western in gewissen Fragen zu einmütigen geschlossenen Vorgehen zusammenzuführen, nur freudig begrüßen. Sätten in dieser Hinsicht die

Canadischer Landwirtschaftsrat vertritt Farmerinteressen in Ottawa

Esfortige und beträchtliche Tarifminderung gefordert.

Zolltarif auf landwirtschaftliche Maschinen sollte abgeschafft werden.

Ottawa. — Eine Abordnung des Canadian Council of Agriculture sprach bei Premier King und nahezu allen Mitgliedern seines Kabinetts vor. Der Sekretär des Rates, J. B. Ward vertritt die Forderung nach sofortiger und beträchtlicher Tarifminderung. Er freut sich über das in der Abgeordnete gemachte Versprechen, den Tarif auf landwirtschaftliche Maschinen herabzusetzen. Aber das sei noch nicht genügend. Der Zolltarif auf landwirtschaftliche Maschinen sollte abgeschafft werden. Die canadischen Fabrikanten könnten auf den Weltmärkten mit den Fabrikanten anderer Länder in Wettbewerb treten. Ward verlangte ferner verminderte Abgaben auf Lebensmittelpflanzen, Mehl und andere lebenswichtige Artikel. Der Zoll solle nur ein Zoll für Einfuhrzwecke sein.

Der Präsident der Abordnung und der Präsident des Landwirtschaftsrates, W. A. Amos, erklärte, der Farmer sei in einer außerordentlich schlimmen Lage trotz der großen Ernte von 1923 und trotz vermehrter Produktion in anderer Hinsicht. Der Wert der Farmprodukte habe um \$70,000,000 gegenüber dem Vorjahre abgenommen und der Farmer sei heute nicht besser daran als wenn seine Ernte nur klein gewesen wäre. „Ich habe recht, wenn ich betone“, sagte Amos, „dass es niemals in der Geschichte Ontarios oder Canadas ein solches Drängen nach Farmarleihen oder so viele Bankrotte gab wie heute.“ Die Farmer würden stets als Unzufriedene hingestellt. Es sei Zeit, das solche Anträge aufzuführen.

Premier King warf hier ein: Auch ich bin dafür.

Alles, was der Farmer heute verlange, so fuhr Amos fort, sei, dass er für seinen Dollar auch den Dollarwert empfangt. Er erhalte das aber nicht und der Beweis dafür liege in den vergrößerten Aufwendungen der Fabrikanten, den Wässhäusern, den Maschinen, die zum Anbau von Getreide notwendig sind. Die Farmer müssten Unterdrückung haben oder es bestehe Gefahr, das das ganze Wirtschaftsleben zusammenbräche.

Hon. J. A. Maharg, Moosje, drang auf Ausföhrung des Sozialistenprogramms der Canadian National Railways. Einige Ge-

Weitere Befehung deutschen Gebietes.

Berlin, 7. April. — Aus Offen wird berichtet, dass die Franzosen ihre Besetzungszonen in Deutschland jetzt ausgedehnt haben, indem dieselben sich bis zu den nördlichen Vororten von Elberfeld erstreckt.

den Vertrag von Lausanne (mit der Türkei) anerkannt haben, während Canada das verweigerte.

Premier King bemerkte dazu, canadische Delegierte hätten an der Versailler Konferenz teilgenommen und den Vertrag mit unterzeichnet. Das nützte bei der Wählung, aber die Konferenz in Lausanne sei jedoch Canada nicht eingeladen worden und habe infolgedessen auch nicht daran teilgenommen. Daher bestehe auch keine Verpflichtung für Canada, den Vertrag von Lausanne anzuerkennen.

Dr. S. Laforune, der die United Farmers of Quebec vertrat, schlug die Ernennung eines gemeinsamen Comitees der beiden Häuser des Parlamentes vor, um die Reform des Senates zu besprechen, wobei das Unterhaus die Mehrheit haben solle.

H. E. G. Scholfield von den United Farmers of Alberta verlangte Ausgleichung der Pradtraten für Getreide und Abschaffung der Gebirgsraten. George Edwards, der Präsident der East. Grain Growers, wollte Bundes- und Provinzialregierungen im Falle eines Bankrottes ebenso behandelt wissen wie andere Gläubiger.

Premier King dankte der Abordnung für die gemachten Vorschläge und versprach deren Erwägung.

Canada verweigert Anerkennung des Lausaner Vertrages

Ottawa. — Premier Minister King gab im Unterhause eine bedeutende Erklärung ab, nach der Canada keinen Vertrag ratifizieren (anerkennen) soll, zu dem es nicht als Vertragspartei hinzugezogen worden ist, wenn auch ein solcher Vertrag von Großbritannien abgeschlossen wird. Canada übernimmt lediglich jene Verpflichtungen, die das canadische Parlament billigt.

Der englische Premier Ramsay MacDonald hatte nämlich im englischen Unterhause darauf hingewiesen, dass Indien und Neuseeland

Hudsons Bay-Bahn auch von Nordstaaten der Union gefordert

Der Westen zu drei Ausfuhrwegen für Weizen berechtigt.

Dringender Appell an die canadische Regierung.

Winnipeg. — Auf der kürzlich im Courier angeführten Tagung der „On-to-the-Pac-Affiliation“ in Winnipeg war eine stattliche Zahl von Vertretern aus dem canadischen und amerikanischen Westen anwesend. Besonders bemerkenswert war das lebhafteste Interesse der Delegierten aus Nord-Dakota und Minnesota an dieser canadischen Kundgebung, die die schon so oft, fast bis zum Ueberdruß geforderte Hudson Bay-Bahn wiederum als ein Hauptproblem des gesamten Westens, diesseits und jenseits der internationalen Grenze, hervorhob.

J. F. O'Connor von Grand Forks in Nord-Dakota wies darauf hin, dass die Vollendung der Hudson Bay-Bahn den Farmern der amerikanischen Zentralstaaten einen günstigen Ausfuhrweg für ihre Produkte bieten würde, während Millionen Dollars, welche die Amerikaner der West. Staaten jetzt ungenutzt wegschicken müssten, in die Hände der canadischen Regierung flöhen.

J. A. Downell von St. Paul, Minnesota, forderte die Ratifizierung der Unterföhrung von Minnesota zu, damit der Schienenweg bis zu seinem Endpunkte fertiggestellt werde.

Redner waren fernerhin führende Männer von Manitoba, Saskatchewan und Alberta. Premier John Braden von Manitoba erklärte, wenn nicht die Arbeit bald aufgenommen werde, sei die ganze Kapital-

anlage verloren. Es sei unbegreiflich, dass eine Bundesregierung eine so hohe Summe Geldes für das Projekt ausgibt, wenn sie nicht die Gewissheit hat, dass das Unternehmen und amerikanische Weizen anwenden.

Als Vertreter von Saskatchewan sprach Hon. S. J. Latta, der behauptete, Saskatchewan produziere genug, um annähernd 30 Millionen Menschen zu ernähren. Andere Bevölkerung ist aber nur etwa eine dreiertheil Million groß und wir können trotzdem nicht von unserer Produktion leben. Ein Fünftel dieses Problems ist die Eisenbahntransportfrage. Kommen wir durch die Gröffnung der Hudson Bay-Bahn zu einer besseren Erzeugnisfähigkeit, so müssen wir ihr unsere volle Unterstützung geben. In Saskatchewan sei es die allgemeine Auffassung, dass dieser Verkehrsweg brauchbar sei, dass die Weststaaten sich für ihn interessieren würden. Die Hudson Bay-Bahn würde die bedeutendsten Teile des Westens sehr und in einigen Jahren ihren Wert verdreifachen würde.

Prof. R. C. Wallace, der frühere Commissar für Nordmanitoba, betonte, die Hudson Bay-Bahn würde die weitesten die kürzeste Route für den zentralen Teil dieses Kontinents sein.

Ein Rand, das eine halbe Billion Dollar Weizen erzeuge, sei zu einem dritten Ausfuhrweg berechtigt und die vorgeschlagene Route sei die beste. Das war das Argument von Hon. J.

C. Norris, dem liberalen Führer von Manitoba. Es sei nur noch ein kleiner Betrag nötig, um die Linie fertigzustellen. Die Bevölkerung der Dominion tue gut daran, die baldige Fertigstellung zu verlangen.

Manor Clare von Saskatoon und Dr. J. T. W. Anderson, der konservative Führer von Saskatchewan, bezeichneten den Plan als heilsam nicht nur für den Westen, sondern für ganz Canada, und erklärte sich bereit, mit anderen Delegierten nach Ottawa zu gehen, um auf den Ausbau der Bahn zu dringen.

A. D. Ferguson, der als Ingenieur bei dem Bau der letzten 90 Meilen tätig war, sagte, wenn die Arbeit damals gleich fortgeführt worden wäre, wären nur noch 1 Million Dollars notwendig gewesen, während es jetzt etwa 2 1/2 Millionen koste.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, worin die canadische Regierung an ihr gemachtes Versprechen erinnert wird. Besondere Schritte sollen in dieser Parlaments-Session ergriffen werden.

Am Sonntag fuhr eine Abordnung von Winnipeg nach Ottawa, um die sofortige Vollendung der Bahn zu fordern. Die Abordnung wird mehrere Städte des Westens, darunter Montreal und Toronto, besuchen, um in Canadian Clubs über den Zweck ihrer Reise zu sprechen. Der konservative Führer Dr. Anderson von Saskatchewan und Premier Braden von Manitoba nahmen daran teil.

Russisch-deutscher Geheimvertrag?

Paris, 7. April. — Nach autoritärer Quelle innerhalb der Botschaft haben Deutschland und Russland eine geheime Abmachung getroffen, kein Anerbieten, der Botschaften beizutreten, anzunehmen, bis die Liga den entsprechenden, was ein internationaler Gesellschaft nach Ansicht Russlands sein sollte. Information bezüglich der Abmachung hat die diplomatische Kreise schon erreicht.

Letzte Nachrichten

Winnipeg, 8. April. — Zwei angebliche Banditen drangen mit verschleierten Gesichtern und mit der Forderung, sich ruhig zu halten, in den Cash Grocery Store, wo der Wächter und eine weibliche Angestellte anwesend waren. Sie nahmen \$3500 in Bar und \$500 in Schecks mit. Die Banditen entkamen in einem geschlossenen Loggia.

London, 8. April. — Premier MacDonald erlitt im Unterhause eine kleine Niederlage. Der Unionist Reilly Chamberlain hatte ein Amendement zur Meats-Bill eingebracht, dessen zweite Lesung bekämpft wurde. Dieses Amendement gelangte mit 9 Stimmen Mehrheit zur Annahme.

Berlin, 8. April. — Die Auslandsreisen vieler Deutscher, die in der letzten Zeit, besonders nach Italien, der Schweiz und Oesterreich, einen großen Umfang angenommen hatten, veranlassen Reichsfinanzminister Dr. Luther zum Einschreiten. Er verbietet kurzweg diese Reisen, wenn kein zureichender geschäftlicher Grund vorliegt.

Berlin, 8. April. — Das Reichspostministerium hat sich zu einer Maßnahme entschlossen müssen, die einzig dasjenige betrifft. Sie erklärt, dass die Beförderung der Briefe von Amerika einflussreichen Briefen einstellt, die den Vermerk tragen: „Richt Stelle; keine Dollars!“ Briefe mit diesem Vermerk sind gerade in der letzten Zeit häufig geworden.

Ein Skandal in Ontario

Der stellvertretende Schatzsekretär seines Dienstes entlassen.

Toronto. — Die größte Entsetzung, die sich hier seit Jahren ereignete, war es, als Alexander Ross, der frühere Direktor der Bonds-Abteilung der Home Bank, vor dem Finanzkomitee erklärte, dass er die \$10,000 Profit, die er bei dem Verkauf von abgabefreien Bonds gemacht hat, zwischen sich, J. C. Wilson und Charles Matthews, dem Deputy Treasurer, geteilt hat. Wilson ist mit einer Stiefmutter von Matthews verheiratet. Er hat, der mit Mr. Ross den Verkauf der Bonds an die Regierung betrieb, erhielt \$1500.

Sofort nach den Enthüllungen wurde der stellvertretende Schatzsekretär Matthews seines Dienstes entlassen.

R. W. E. Burnaby, der frühere Präsident der United Farmers of Ontario, fordert diese Farmerpartei, die für die Bildung der Ontario-Regierung vor allem verantwortlich ist, auf, die Wirtschaftlichkeit und die Säulnis in der Provinz schärfstens zu beurteilen. Die Farmer dürften es nicht auf sich lassen, dass sie mit solchen schlimmen Dingen in Zusammenhang gebracht werden.

Für unsere Ruhland-Deutschen

haben wir in dieser Courier-Ausgabe interessante Mitteilungen auf Seite 16 unter der Überschrift „Wohngewerbes aus Anskand.“

Was unsere Leser sagen:

„Ich freue mich immer auf den Courier. Er ist die beste Zeitung, die wir Deutschen in Canada haben können. Deswegen lese ich ihn jedesmal von vorne bis hinten durch und finde viel darin, was ich manchmal zweimal durchlese, weil es so gut geschrieben ist.“

„Der Courier ist doch eine gute, echt deutsche Zeitung.“

„Ich lese den Courier schon so lange, als er gedruckt wird, und ich freue mich jede Woche, wenn er ankommt. Man muß wirklich sagen, die Zeitung ist ihr Geld wert und noch mehr als das Doppelte von dem, was wir für den Courier bezahlen. Jeder Deutsche sollte ihn lesen.“

„Ich muß offen sagen, dass eine Redaktion wie die des Couriers lobenswert ist; denn es hat

sich noch keine gegenüber einer Ungerechtigkeit so offen ausgedrückt als gerade diese.“

„Ich lese immer mehr, dass der Courier die einzige Zeitung für uns deutsche Farmer ist. Er schafft uns Gelegenheit, unsere Meinung öffentlich zu sagen.“

Das sind nur einige lobende Stimmen aus unserem Leserkreis, die während der letzten paar Wochen zu uns gelangt sind. Wieder andere bezeichnen den Courier als „das schöne Blatt“, als „mein lieber Hausfreund“, als „ein gern gelesener Gast.“

Liebe Freunde, sagt das auch Euren Bekannten und arbeitet so für noch weitere Verbreitung des „Courier“!

Wichtige Fragen Albertas

Unterrichtswesen und Neuregelung des Liquorverkaufes vor der Legislatur

Opposition setzt Kritik fort.

Edmonton. — Die Legislatur von Alberta gehört zu jenen parlamentarischen Körpern, wo das Redebedürfnis der Abgeordneten im umgekehrten Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht. Sie steht infolgedessen in einem idiosyncratischen Verhältnis zur Legislatur von Saskatchewan, deren Tagung später begann und die dennoch bedeutend früher ihre Tätigkeit beendete, wobei einflussreiche Provinzialgesetze ohne großen Nachdruck zur Erledigung gelangten.

Der Provinzhaushalt von Alberta mit seinem großen Fehlbetrag hat, wie in der letzten Courierausgabe erwähnt, die lebhafteste Kritik der Opposition herausgefordert. Die Opposition ist für weit größere Sparmaßnahmen eintrifft, glaubt jedoch, dass eine solche Sparmaßnahme

falls angebracht wäre. Der Oppositionsführer, Hon. J. M. Boyle, erklärte, die Schulfrage sei die wichtigste Angelegenheit in Canada. Der Bildungsstand müsse sich den erhöhten Anforderungen der modernen Zivilisation anpassen. Was vor 25 Jahren noch als gute Schulbildung galt, sei heute längst überholt. Man brauche um die Hälfte weniger Lehrkräfte, Inspektoren und sonstige der Provinzpolizei die Aufgaben der Jagdwärter übertragen. Aber eine Verminderung in der Zahl der Schulinspektoren sei ein Schlag gegen das Unterrichtswesen, der jahrelang nachwirken werde. Boyle bewerte ferner, dass die Schulausgaben von \$1,161,719 im Jahre 1923 auf \$1,120,777 im Jahre 1924 herabgesetzt werden, wenn auch der Rückgang nicht sehr bedeutend sei. Jede Verminderung dieser Art mache die Erhaltung der Schulen schwieriger. Je mehr Geld für die Schulen in lokaler Weise aufgebracht werden müsse, desto größer sei die Gefahr der Verfallung der Schulen. Er hoffe, dass die Regierung wieder die früheren Zuschüsse gewährte.

Mr. Boyle erklärte, er stimme mit Mr. Boyle hinsichtlich des Wertes des Schulwesens überein. Aber nicht nur hier, sondern auch bei den Straßenbau-Ausgaben und in mancher anderer Hinsicht seien Abstriche vorgenommen worden. Die Verabreichung der

schulischen Mittel sei ein Schlag gegen das Unterrichtswesen, der jahrelang nachwirken werde. Boyle bewerte ferner, dass die Schulausgaben von \$1,161,719 im Jahre 1923 auf \$1,120,777 im Jahre 1924 herabgesetzt werden, wenn auch der Rückgang nicht sehr bedeutend sei. Jede Verminderung dieser Art mache die Erhaltung der Schulen schwieriger. Je mehr Geld für die Schulen in lokaler Weise aufgebracht werden müsse, desto größer sei die Gefahr der Verfallung der Schulen. Er hoffe, dass die Regierung wieder die früheren Zuschüsse gewährte.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board

Es soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Vorstoß des Reichskanzlers Marx gegen die Gewaltpolitik.

Er warnt Frankreich vor dem erwachenden deutschen Nationalismus.

Erbiterte Angriffe gegen Poincare.

Berlin, 7. April. — Die Verurteilung von Wilhelm Trever, der in einem französischen Gefängnis in Saint Martin de Re, wo er eine lebenslange Freiheitsstrafe wegen einer Sabotage-Verdächtigung im Ruhrgebiet verurteilt wurde, gab Anlass zu einer großen Nationalisten-Demonstration und zu einem wüsten Zusammenstoß mit den Republikanern. Nur durch zeitiges Einschreiten der Polizei wurde Blutvergießen verhindert.

Die Kanzler Dr. Karl Jarres hielt die Grabrede. Er sagte, dass der Tod Trevers die Aufmerksamkeit der Welt auf die 1,500 Deutschen lenken sollte, welche in französischen Gefängnissen schmachteten, weil sie im Ruhrgebiet ihren Anteil heilig hielten. Vor diesem Sarge verlange Deutschland Annette für 140,000 Deutsche, welche aus dem besetzten Gebiet vertrieben und dadurch zum Teil in das größte Elend gestürzt wurden.

Kanzler Marx gab eine längere Erklärung ab, in der er die Machtpolitik Deutschlands der Billigkeit der Regierungen gegenüber bedauert. Er erklärte, dass die vergeblichen Versuche, die Freilassung der 1,500 Personen, die des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und Rheinland eine Verleumdung für das Rechtsgefühl des Volkes und dessen nationalen Geist sei.

„Hals die auswärtige Welt sich wundert, dass die nationalstiftende und halb-imperialistische Bewegung in Deutschland an Boden gewinnt“, sagte der Kanzler, „dann möchten wir darauf aufmerksam machen, dass diese Bewegungen nicht bekämpft oder in legitime Wege geleitet werden können, solange die Freilassung dieser Gefangenen verweigert wird. Von den 1500 deutschen Staatsangehörigen, die von den besetzten Wäldern zu Gefangnis- und Justizstrafen verurteilt wurden, befinden sich 46

Zuschüsse sei nicht verantwortlich für die Schließung von Schulen. Eine landliche Schule, die volle zehn Monate offen sei, erhalte \$20 pro Jahr weniger.

Der Etat der Unterrichtsabteilung, insgesamt \$2,081,604 für 1924, wurde von der Legislatur angenommen.

Eine weitere wichtige Frage, die das Haus beschäftigt, bezog sich auf den

Liquor-Act.

Rach dreifündiger Beratung war man zu folgendem Ergebnis gekommen: Veräußerte Pläne für Bierverkauf nach Glas bleiben am Samstag Abend bis 9 Uhr und an den Wenden der anderen Wochentage bis 10 Uhr offen. Die Biersteuer wird nach dem Grad der Ertragssteigerung und wird wahrscheinlich auf 12 1/2 per Gallone wie in Manitoba festgelegt werden. Veräußerte Pläne für Weinverkauf von Bier haben an Orten mit über 15,000 Einwohnern eine jährliche Gebühr von \$400, mit über 10,000 und nicht über 7,000 Einwohnern \$350, unter 7,000 und nicht über 3,500 Einwohnern \$250 zu entrichten. Die Anleihebondmachten wurden im ersten Jahre unbefristet sein. Später soll eine feste Ziffer dafür in den Etat eingetragt werden. Alkohol darf in einer Privatwohnung gehalten, gegeben und verbraucht werden, jedoch darf auch ein Alkohol-Verkauf betrieben werden. Jede Form von Alkoholreklame in Zeitungen oder sonstwo ist verboten.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.

Ein Farmarbeits-Board soll nach einem von Herrn A. G. Reid eingebrachten Gesetz errichtet werden. Es sind darin lokale Organisationen vorgelesen, die durch Persönlichkeiten an Ort und Stelle übernommen werden können. Jeder Anleihenehmer hat einen Anteil zu zeichnen, der zu einem Referendum verwendet wird.

Bei Beratung des neuen Wahlgesetzes wurde beschlossen, dass ein Provinzialparlament bei seiner Nomination \$100 zu deponieren hat. Die Wahlstunden wurden dahin abgeändert, dass in Zukunft in den Städten die Wahlzeit um 7 Uhr abends (statt 8 Uhr) und auf dem Lande um 6 Uhr abends (statt 5 Uhr) schließt.